

# EXTRABLATTE

Lesen, wie es  
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview  
mit alt Bundesrat  
Christoph Blocher



Masseneinwanderung 6-7

Arbeit muss sich  
wieder lohnen!



Kanton Bern 9-20

Alles Wissenswerte  
zu den National-  
und Ständeratswahlen



# Für eine freie und sicherere Schweiz

**Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.**

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massenzuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungernde, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.



Werner  
Salzmann

In den  
Ständerat!

Haben Sie Fragen  
zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am  
20. Oktober können Sie sich kostenlos  
über die National- und Ständerats-  
wahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline:  
0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr  
sind wir für Sie da.

Fragen per Mail:  
wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti  
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2



Alles zu den National- und Ständeratswahlen im

Kanton Bern

Seite 9-20

## Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie keine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

*Albert Rösti*

Albert Rösti,  
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

**Ueli Maurer:** Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

«Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da.»

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

**Guy Parmelin:** Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

# Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz



## Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



## Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

**Ueli Maurer:** Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

**Guy Parmelin:** Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

«Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge.»

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

# Frei und sicher.

## SVP wählen!



www.svp.ch

### Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

# Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handeln darf und der Staat möglichst wenig beansprucht. Für eine Schweiz mit einem starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

## Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie  
der rot-grüne Raubzug  
auf Ihr Geld konkret aussieht:



### Höhere Benzinpreise: **Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

**plus Fr. 270.–**



### Zusätzliche CO<sub>2</sub>-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO<sub>2</sub> auf Fr. 210.– oder

von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!**

Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m<sup>2</sup> und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m<sup>2</sup>/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

**plus Fr. 1'134.–**



### Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

**plus Fr. 400.–**



**Verbot von Ölheizungen:** Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

**plus Fr. 1'128.–**



mit einer gelebten  
mus. Für eine  
delt und  
einem  
seine

# «Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

*Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?*

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

*Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?*

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

*Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?*

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

*Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.*

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

*Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.*

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derartigen Kunden diskriminiert keiner.

*Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?*

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

*Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?*

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

*Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.*

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat

*Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?*

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Ver-

kehrspolitik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

**« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »**



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

*Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.*

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

*Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.*

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtstress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

*Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?*

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

**« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »**

*Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?*

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

*Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?*

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

## Christoph Blocher – kurz & bündig

**Geboren:** 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinflall – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

# Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

## Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

## Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmass-

nahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

## «Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmass-

nahmen von sofortigem, ewigem tone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kan-

# Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



mehrfähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

## EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstim-mungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen

## «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den 194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.

Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender



# Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

## «Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

## Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familien-nachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zu nehmen und die Wohnungs-knappheit, stei-

gende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

## Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer

von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

## Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

## Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: [www.eu-no.ch](http://www.eu-no.ch)

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite [www.eu-no.ch](http://www.eu-no.ch) auf «Kommentiertes Insta»)

## Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsi-diert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf [www.eu-no.ch](http://www.eu-no.ch) oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

## Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

## Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.



Der vom Volk verlangte Inländer-vorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländer-vorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

# Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

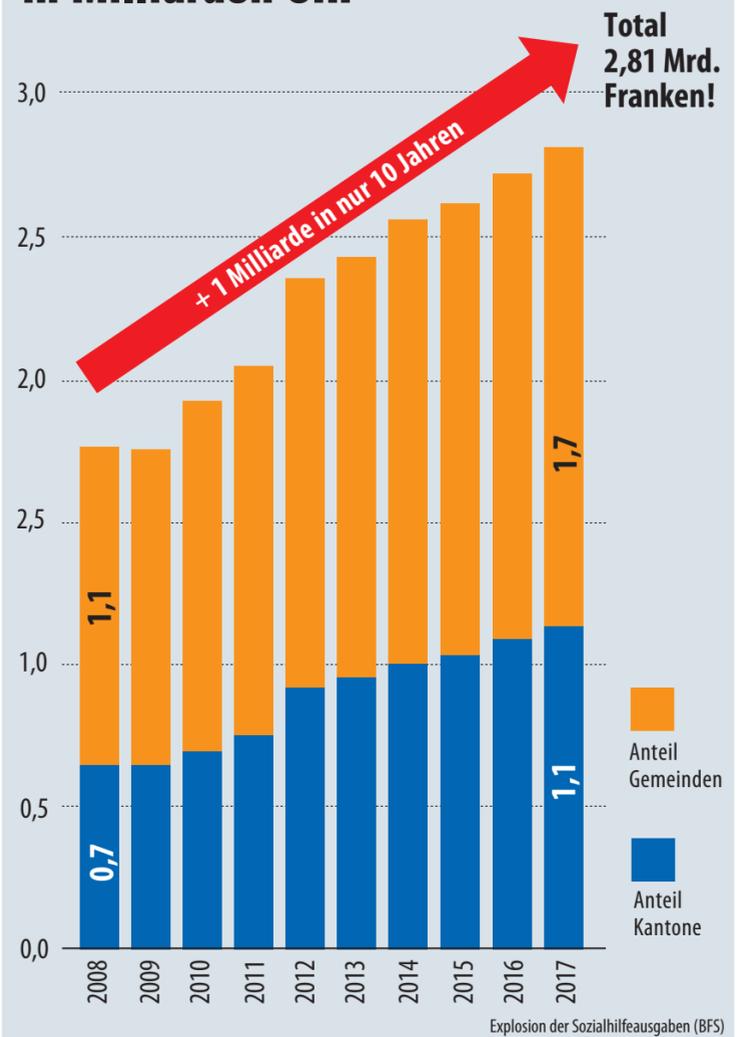
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

## Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



## Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



# Frei und sicher.

[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

## SVP wählen!





## Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

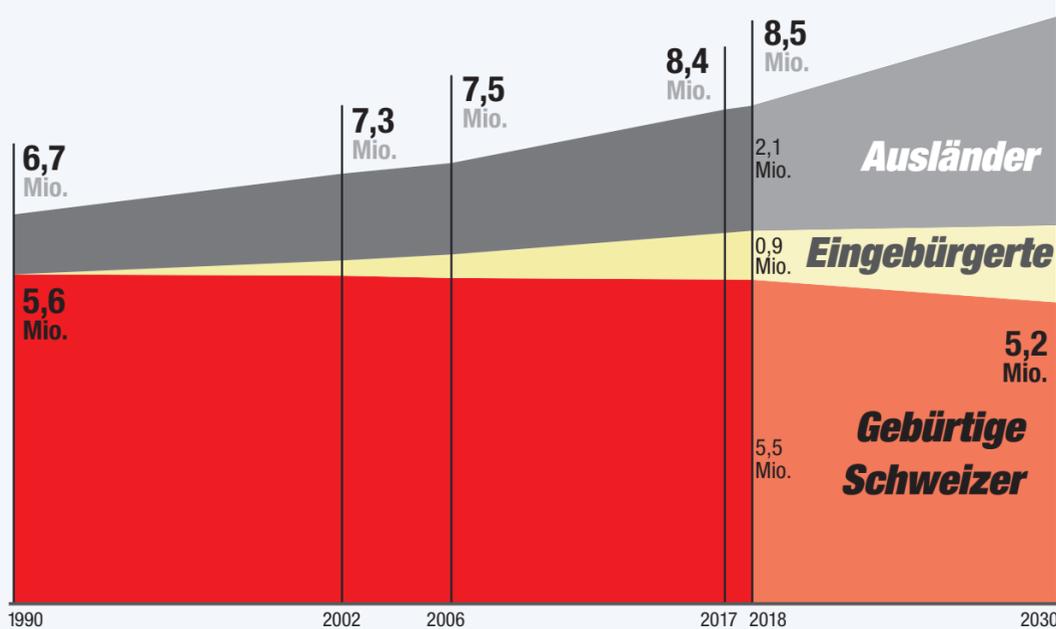
sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

[www.begrenzungsinitiative.ch](http://www.begrenzungsinitiative.ch)

## Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

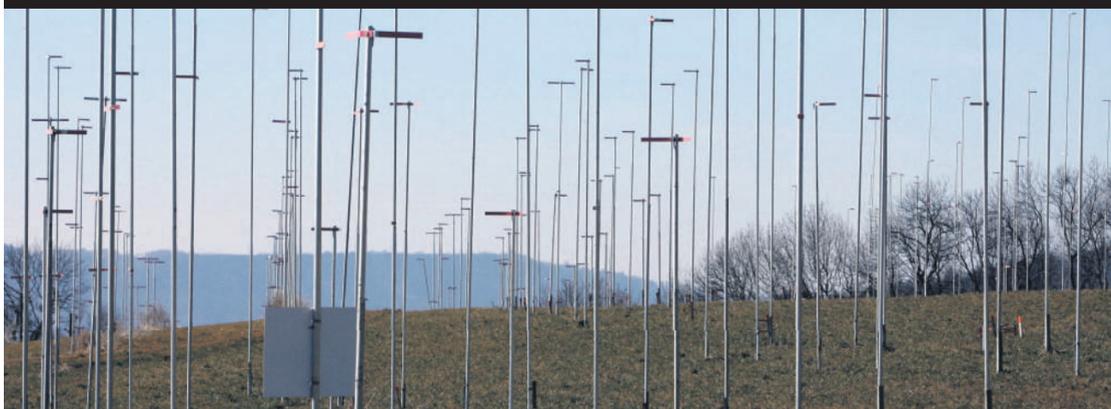
Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

## Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

## Schweiz nicht weiter zubetonieren!



## Meinung

# Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

# Fragen

– zu den Wahlunterlagen?  
– zu den Wahlen?

**Kostenlose kompetente Auskunft!**

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



**Gratis-Wahlhotline:**  
**0800 0 1291 0**  
**Mail:**  
**wahlen@svp.ch**



## In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...  
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

[www.wahlkampfderfilm.ch](http://www.wahlkampfderfilm.ch)



## Grosses Wahl-Quiz [www.svp.ch/wettbewerb](http://www.svp.ch/wettbewerb) Mitmachen und gewinnen!



**1** Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
- Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



**2** Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- rund 100'000 = KE
- rund 1'000'000 = PW



**3** Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- Mike Shiva = NE
- SVP-Gratis-Wahlhotline = AE



**4** Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- «Freibier auf sicher» = W
- «Frei und sicher» = H



**5** Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- Auf mindestens 10 % = S
- Auf mindestens 15 % = LE



**6** Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung‘ des bilateralen Weges?»

- Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
- Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:  
[www.svp.ch/wettbewerb](http://www.svp.ch/wettbewerb)

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

**1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.**

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

\_\_\_ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)

\_\_\_ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)

- Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
  - Ich spende \_\_\_\_\_ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
  - Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
- Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

**Ausschneiden und in einem Couvert senden an:**  
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern  
E-Mail: [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch), Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

[www.svp.ch](http://www.svp.ch)



**Unser Ständeratskandidat:  
Werner Salzmann**
**10**
**Kompetent, engagiert und führungsstark: Der richtige Mann für den Ständerat!**
*Compétent, engagé, solide: l'homme qu'il nous faut au Conseil des Etats!*

**Unser Nationalratsteam –  
48 Köpfe für Bern**
**14**
**Lernende, Studenten, Landwirte, Führungsfachfrauen, Juristen... die SVP – eine echte Volkspartei!**
*Apprentis, étudiants, agriculteurs, femmes cadres, juristes ... l'UDC – un authentique parti populaire!*

**Unser Ziel:  
bezahlbare Krankenkassenprämien 19**
**Prämienanstieg stoppen durch Eigenverantwortung und Kostentransparenz.**
*Stopper la hausse des primes grâce à la responsabilité individuelle et la transparence des coûts.*


# Aus Sorge um die Kinder Mit gesundem Menschenverstand

Wenn ich die politischen Entwicklungen betrachte, mache ich mir grosse Sorgen um die Zukunft meiner Kinder und kleinen Enkel. Der Wohlstand, den unsere Vorfahren für dieses Land erarbeitet haben, ist bedroht.



Werner Salzmann, Nationalrat und Parteipräsident SVP Kanton Bern, Mülchi

Die fetten Jahre haben vergessen gemacht, wie der Wohlstand erarbeitet wurde. Mit Fleiss, Mut und Innovationsgeist und der Freiheit, auch einmal etwas zu versuchen, etwas zu bauen oder eine Firma zu gründen und unternehmerisches Risiko auf sich zu nehmen. Heute scheint für immer mehr Leute selbstverständlich, dass genug Geld da ist und es nur noch darum geht, wie man am bequemsten dazu kommt und den Reichtum verteilt. Der Staat soll so früh wie möglich die Leitplanken setzen und alle versorgen. Eigenverantwortung ist längst

kein Thema mehr und das Kosten-Nutzen-Verhältnis des staatlichen Handelns sowieso nicht.

Bereits die Kleinsten sollen daran gewöhnt werden, dass es eine richtige Lebensweise gibt und dass sich alle danach zu richten haben, notfalls mit Ampelfarben, «smarten Verbrauchssystemen», Rapen für dieses und jenes, belohnt dafür mit mehr Urlaub und mehr staatlicher Betreuung. Fördergelder werden für alle möglichen Sachen ausgerichtet und alle an den Tropf des Staates gehängt. Damit wird die Schweiz,

wie wir sie heute kennen, an die Wand gefahren und die Schweizerinnen und Schweizer entmündigt und zu Staatsrobotern in der Komfortzone degradiert. Die Innovationskraft und Eigenverantwortung wird wegezogen. Die Frage, wer das dann in Zukunft alles noch bezahlen soll, wird vom Tisch gewischt mit dem Schlagwort «in der reichen Schweiz ist ja genug Geld vorhanden». Die Kassen leeren sich aber bereits rasant. Woher soll das Geld morgen kommen?

Gerade die kleine Kammer hat sich in den letzten Jahren in diese verheerende Richtung bewegt. Als Kantonalprä-



sident der bernischen SVP ist es mir ein Anliegen, dass der Sitz, der lange Jahre in unseren Händen als klar stärkste bürgerliche Kraft dieses Kantons war, wieder in unsere Partei zurückkommt. Es kann nicht sein, dass unsere Werte Freiheit, Eigenverantwortung und der gesunde Menschenverstand in der Delegation des Kantons Bern nicht vertreten sind. Die 100jährige SVP hat die bernische Geschichte geprägt, mit Höhen und Tiefen, sie gehört in den Ständerat. Wir sind die mitgliederstärkste Partei und in 230 Gemeinden als Partei verankert. Man könnte fast sagen, wo es Parteien gibt in den Gemeinden, dort gibt es die SVP. In vielen Gemeinden sind wir die einzige Partei, aber im Ständerat wären wir nicht? Es ist höchste Zeit, das zu ändern.

Wenn wir wollen, dass unsere Kinder und Grosskinder morgen noch in Wohlstand, Freiheit und auch in Sicherheit leben und arbeiten können, müssen wir dies am 20. Oktober mit unserem Wahlzettel zeigen und geschlossen an die Urne gehen!

# Mit gesundem Menschenverstand

Mit jeder Session im Rathaus und im Bundeshaus wächst die Zahl der Gesetze, Regulierungen und Kontrollen, mit welchen die Bürgerinnen und Bürger drangsaliert werden. Auf der anderen Seite werden Straftäter mit Samthandschuhen angefasst. Mit etwas mehr gesundem Menschenverstand wäre das nicht so.



Madeleine Amstutz, Grossrätin und Fraktionspräsidentin, Schwanden

Eigentlich geht es den Bürgerinnen und Bürgern gut, wäre da nicht der Staat, der sich immer mehr einmischt. Wenn jemand eine Biogasanlage bauen will, um nicht mehr vom Heizöl abhängig zu sein, kann es vorkommen, dass dies nicht möglich ist, weil die Raumplanung dagegen spricht. Wenn jemand der alleinstehenden Nachbarin helfen will beim Umzug in ein Pflegeheim, mischt sich die KESB ein. Wenn aber jemand wegen Pädophilie verurteilt ist, kann er unter Umständen trotzdem noch mit Kindern

arbeiten. Wenn jemand unter freiem Himmel eine Zigarette anzünden will, kann es sein, dass er an einem Ort steht, wo das verboten ist. Gleichzeitig werden Kifferstudien lanciert mit dem Ziel der Legalisierung von Cannabis, obwohl das Schweizer Volk sich dagegen ausgesprochen hat, weil Cannabis Schizophrenie begünstigen kann. Die Liste liesse sich endlos verlängern. Immer wieder fragt man sich kopfschüttelnd: «Wo bleibt denn da der gesunde Menschenverstand?»

Die Politik ist heute von Studien und juristischen Spitzfindigkeiten bestimmt. Das Resultat: Unbescholtene Bürger werden immer mehr eingekengt, während diejenigen, welche kriminell sind oder das System frech ausnutzen oder dank unentgeltlicher Rechtspflege sämtliche Rekursmöglichkeiten ausschöpfen, davon kommen. Gerade als Frau frage ich mich, was eigentlich dagegen spricht, dass man gewalttätige Integrationsverweigerer einfach ausschafft? Im Rathaus und im Bundeshaus setzen sich die SVP-Politiker und Politikerinnen dafür ein, dass es anders wird. Wer SVP wählt, wählt gesunden Menschenverstand für eine freie und sichere Zukunft!

# Viv(r)e le bilinguisme pour Berne! Die Zweisprachigkeit lebe(n)!

Le bilinguisme est une qualité unique du canton de Berne. En tant que canton pont entre Suisse allemande et romande, il joue un rôle important avec la capitale du pays. Soignons donc cette qualité.

On le sait, les romands du canton de Berne ne sont représentés que par un seul élu au plan fédéral. Or, nous sommes env. 100'000 francophones, soit plus que tout le canton du Jura. Grâce à cette population, Berne est vraiment un canton bilingue. Nous pouvons être fiers de la mise en place d'un statut particulier et d'instruments

politiques uniques en Suisse pour faire vivre ce bilinguisme et rapprocher les deux langues. Le bilinguisme a certes un coût, mais cet argent n'est pas seulement destiné à la cohésion comme dans l'UE, il apporte une vraie plus-value pour le canton et son importance dans le pays. C'est une chance unique et une richesse que nous de-

velopper encore. La force de notre pays provient de cette capacité à tisser des contacts afin d'avancer ensemble. Il est essentiel pour la Suisse que Berne montre l'exemple et renforce autant que possible les liens entre alémaniques et romands. En présentant des candidatures romandes et alémaniques, l'UDC mon-

tre qu'elle est attachée au Jura bernois et au bilinguisme. Die SVP lebt die Zweisprachigkeit, im Alltag und auf ihren Listen. Nous voulons aussi pouvoir dire à l'avenir: Vive le canton de Berne bilingue! Hei mr Sorg zu üsem zwöisprachige Kanton Bärn!



Manfred Bühler, Nationalrat und Vizepräsident Kanton Bern, Cortébert



# Werner Salzmann – der richtige

Wer Werner Salzmann kennt, weiss, dass er der richtige Mann für den Ständerat ist. Dank seiner Führungsstärke und Dossierkenntnis hat er sich im Nationalrat rasch einen Namen gemacht. Nun soll sein Verhandlungsgeschick im Ständerat den bürgerlichen Anliegen zum Durchbruch verhelfen.



Werner Salzmann hat als Parteipräsident der Berner SVP gezeigt, dass er die bewährten Schweizer Werte mit Überzeugung und Entschlossenheit vertritt und durch starkes Verhandeln mit allen Parteien Lösungen zum Durchbruch verhelfen kann. So ist es ihm zu verdanken, dass die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat wieder hergestellt werden konnte. Mit seiner Fachkenntnis und Durchsetzungskraft hat er immer wieder für bürokratische Vereinfachungen und finanzielle Entlastungen im Gemeinwesen gesorgt.

Mit Werner Salzmann haben wir die einmalige Chance, einen qualifizierten Kandidaten in den Ständerat zu wählen, der im Nationalrat bereits bewiesen hat, dass er sich voll und ganz für die Interessen des Landes und des Kantons Bern einsetzt. Als Präsident der sicherheitspolitischen Kommission ist ihm die Freiheit und Sicherheit des Landes ein besonderes Anliegen. Deshalb ist er auch überzeugter Gegner eines EU-Beitritts und damit Garant dafür, dass das EU-Rahmenabkommen nicht einfach im Bundeshaus durchgewunken wird.

Wenn Werner Salzmann spricht hat er etwas zu sagen, sonst schweigt er und hört zu. Er hat den Mut, auch auf der Seite der Verlierer zu stehen, wenn er von der Richtigkeit und Wichtigkeit ihrer Anliegen überzeugt ist. Er gehört in den Ständerat, weil er der Richtige ist.

## Werner Salzmann

- ▶ Geboren am 5. November 1962, verheiratet, 4 Kinder, 2 Grosskinder
- ▶ Dipl. Landwirt, Dipl. Ing. Agr. FH, Steuerexperte, Oberst
- ▶ Verwaltungsrat Wohn- und Pflegeheim Friesenberg
- ▶ Präsident SVP Kanton Bern
- ▶ Präsident AG Landwirtschaft der SSK
- ▶ Präsident Schweizerischer Verband für Landtechnik
- ▶ Präsident Berner Schiesssportverband
- ▶ Vorstand bernsport
- ▶ Präsident der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats
- ▶ Vorstandsmitglied Kantonal Bernische Offiziersgesellschaft KBOG
- ▶ Hobby: Singen



[www.werner-salzmann.ch](http://www.werner-salzmann.ch)

### Führungsstark und verlässlich in den Vereinen und Verbänden

«Die Vereine und Parteien leisten wertvolle Freiwilligenarbeit. Dazu müssen wir Sorge tragen.»



### Kompetent in Beruf und Militär

«Unsere Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe sollen produzieren können anstatt sich mit Bürokratie abmühen zu müssen. Zu guten Rahmenbedingungen gehören auch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren.»



# Mann für den Ständerat!



## Engagiert für alle Generationen

«Unsere Kinder und Grosskinder sollen morgen noch auf eine Rente und eine gute Gesundheitsversorgung zählen dürfen.»



Aufgewachsen auf einem Bauernhof im Gurtendörfli bei Bern kenne ich Stadt und Land gleichermaßen. Es ist mir wichtig, dass Bernerinnen und Berner auch in Zukunft in unserem schönen Kanton überall sicher wohnen, leben und arbeiten können.

Dazu gehören gute Rahmenbedingungen für Gewerbe, Tourismus und Landwirtschaft, eine gute Infrastruktur mit ausreichender Energie- und Wasserversorgung auch in Trockenperioden, aber auch eine standhafte Haltung gegenüber der EU und eine konsequente Asyl- und Ausländerpolitik.

Dafür stehe ich ein, vor und nach den Wahlen.

Herzlichen Dank für Ihre Stimme und Ihre Unterstützung!

## Entschlossen im Einsatz

### für eine freie und sichere Schweiz

«Wir müssen mit allen Staaten der Welt auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Der schlechende EU-Beitritt ist zu stoppen.»



## Ein breites Komitee unterstützt Werner Salzmann:

Alt Bundesrat Adolf Ogi, Fraubrunnen; Grossrat Ueli Abplanalp, Brienzwiler; Nationalrat Andreas Aebi, Alchenstorf; Grossrat Markus Aebi, Hellsau; Grossrätin Verena Aebischer, Riffenmatt; Hans Aeschlimann, Belp; Rosmarie Aeschlimann, Belp; Nationalrat Adrian Amstutz, Sigriswil; Grossrätin Madeleine Amstutz, Sigriswil; Präsident Vereinigung Berner Division Dr. Walter Annasohn, Liebefeld; alt Regierungsrat Dr. Ueli Augsbürger, Bern; Grossrat Ueli Augstburger, Gerzensee; alt Grossrat Walter Balmer, Rosshäusern; Grossrat Alfred Bärtschi, Lützelflüh; Hans Peter Baumann, Grindelwald; Grossrat Roland Benoit, Corgémont; Peter Bernhard, Utzenstorf; Yolanda Bernhard, Utzenstorf; Sportschützen-Welt- und -Europameister Simon Beyeler, Schwarzenburg; Grossrat Daniel Bichsel, Zollikofen; Dr. Yves Bichsel, Uetendorf; Fritz Bichsel, Wohlen; Marc Bieri, Fraubrunnen; Hans Ulrich Bieri, Oberhofen; Gemeindepräsident Peter Bill, Moosseedorf; Martin Blum, Erlenbach i.S.; Hansuel Born, Utzigen; Grossrat Beat Bösiger, Niederbipp; Sabine Bracher, Kirchberg; Kurt Bruderemann, Lyss; Gemeindepräsidentin Jolanda Brunner, Spiez; Gemeinderätin Sonja Bucher, Münchenbuchsee; Andreas Bühler, Thierachern; Nationalrat Manfred Bühler, Cortébert; Vize-Gemeinderatspräsidentin Myriam Bühler, Thierachern; Grossrat Urs Buri, Hasle b.B.; Michael Bürki, Riggisberg; Regula Di Nino, Langenthal; Gemeinderat Roberto Di Nino, Langenthal; Hermann Dür, Burgdorf; alt Grossrat Gerhard Fischer, Meiringen; Präsident Berner Vereinigung Schweiz, Kartoffelproduzenten Ruedi Fischer, Bätterkinden; alt Grossrat Fritz Freiburghaus, Rosshäusern; Grossrat Dr. Patrick Freudiger, Langenthal; Jürg Friedrich, Suberg; Fritz Friedli, Erlach; alt Nationalrat Thomas Fuchs, Bern; Simon Fuhrer, Meiringen; Marlène Geiser, Bolligen; Nationalrätin Andrea Geissbühler, Bärswil; Grossrätin Sabina Geissbühler, Herrenschwanden; Grossrätin Christine Gerber, Detligen; Thomas Gerber, Burgdorf; Grossrat Ueli Gfeller, Schangnau; Gemeinderat Roman Gimmel, Thun; Grossrätin Dr. Anne-Caroline Graber, La Neuveville; Rudolf Graf, Aarwangen; alt Grossrat Hans Ulrich Gränicher, Bern; Heinz Gränicher, Wasen i.E.; alt Grossrat Christian Grossniklaus, Beatenberg; Grossrätin Andrea Gschwend-Pieren, Kaltacker; Roland Guazzini, Farnern; Samy Gugger, Heimenschwand; Grossrat Lars Guggisberg, Kirchwindach; alt Grossrat Rudolf Guggisberg, Kirchwindach; Gemeinderätin Miriam Gurtner, Konolfingen; Rita Gyax, Hinterkappelen; alt Nationalrat Fritz Hari, Reichenbach; Korpskommandant aD und ehem. Generalstabschef Heinz Häsler, Gsteigwiler; Benz Hauswirth, Utzigen; Grossrätin Annegret Hebeisen, Münchenbuchsee; Nationalrat Erich Hess, Bern; Grossrat Stefan Hofer, Bern; alt Grossrat Franz Huber, Kirchberg; Res Hubler, Bätterkinden; Martin Hulliger, Worb; Paul Hunziker, Seftigen; alt Grossrat Fritz Hurni, Gurbrü; Samuel Isch, Etzelkofen; Urs Isch, Etzelkofen; Grossrat Jürg Iseli, Zwieselberg; Gemeinderat Peter Iseli, Mülchi; Ulrich Iseli, Madiswil; Ulrich Jäggi, Melchnau; Grossrätin Barbara Josi, Wimmis; Niklaus Jufer, Aefligen; Daniel Kämpfer, Herzogenbuchsee; Grossrat Etienne Klopfenstein, Corgémont; alt Grossrätin Susanna Knecht, Spiez; Grossrat Thomas Knutti, Weissenburg; Urs Köchli, Lyss; Hans König, Häusernmoos; Grossrat Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg; alt Grossrätin Bethli Küng, Saanen; Jörg Kurt, Zollikofen; Grossrat Dr. Raphael Lanz, Thun; Grossrat Samuel Leuenberger, Bannwil; Annemarie Liechti-Tschanz, Utzenstorf; Urs Liechti-Tschanz, Utzenstorf; Alfred Lüthi, Kirchberg; Hanspeter Lüthi, Oberburg; Adrian Peter Mäder, Innertkirchen; Christoph Marti, Fraubrunnen; Gemeindepräsident Jürg Marti, Steffisburg; Grossrat Willy Marti, Kallnach; Adrian Messer, Zauggenried; Grossrat Andreas Michel, Schattenhalb; Gemeinderätin Helena Morgenthaler, Langenthal; Grossrat Werner Moser, Landiswil; Bruno Müller, Fraubrunnen; Grossrat Mathias Müller, Orvin; Nationalrätin Nadja Pieren, Heimiswil; Meia Neuenschwander, Mülchi; Regierungsrat Christoph Neuhaus, Kaufdorf; Peter Nydegger, Orpund; Marianne Nyffenegger, Kirchberg; Käthi Oswald, Kirchberg; Vizegemeindepräsidentin Dr. Alike Panayides, Ostermundigen; Divisionär aD und ehem. Chef Nachrichtendienst Peter Regli, Utzigen; Fred Rentsch, Utzigen; Max Riesen, Worb; Beat Roth, Wattenwil; Johann Ulrich Rothenbühler, Riedwil; Willy Rothenbühler, Blumenstein; Nationalrat Dr. Albert Rösti, Uetendorf; alt Grossrat Hans Rösti, Kandersteg; Grossrat und Präsident Berner Bauernverband Hans Jörg Rüegsegger, Riggisberg; Jakob Rüegsegger, Heimenschwand; Martin Ruoff, Seftigen; Ursula Ruoff, Seftigen; alt Grossrat Hansueli Salzmann, Oberburg; Franziska Salzmann, Utzigen; Grossrat Peter Salzmann, Mülchi; Urs Salzmann, Utzigen; Samuel Santschi, Lyss; Grossrat Walter Schilt, Utzigen; Grossrat Carlo Schlatter, Thun; Grossrat Martin Schlup, Schüpfen; Gemeindepräsident Peter Schmid, Wimmis; Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, Champoz; alt Grossrat Donat Schneider, Diessbach b. Büren; Ueli Schneider, Obersteckholz; Grossrätin Sandra Schneider, Biel; alt Grossrat Beat Schori, Bern; Grossrat Andreas Schüpbach, Huttwil; alt Grossrat Hans-Rudolf Schweizer, Utzigen; Schwingerkönig 2013 Matthias Sempach, Entlebuch; alt Nationalratspräsident Hanspeter Seiler, Sigriswil; Grossrätin Anne Speiser, Zweisimmen; Markus Steiner, Fraubrunnen; Andres Streit, Oberbalm; alt Grossrätin Béatrice Struchen, Epsach; Kurt Studer, Lyssach; Susi Studer, Lyssach; Grossrat Walter Sutter, Langnau i.E.; Grossrat Marc Tobler, Moutier; Peter Tschantré, Worben; OK-Präsident Eid. Hornusserfest 2015 Peter Vögeli, Limpach; Nationalrat Erich von Siebenthal, Gstaad; alt Grossrätin Käthi Wälchli, Obersteckholz; Martin Wälti, Worb; Grossrat Ernst Wandfluh, Kandergrund; alt Nationalrat Hansruedi Wandfluh, Frutigen; René Weber, Schwarzhäusern; Divisionär René Wellinger, Kallnach; alt Nationalrat Hermann Weyeneth, Jegenstorf; Fred Witschi, Münchenbuchsee; Grossrat Fritz Wyss, Wengi; Petra Wyss, Aarberg; Grossrat Kurt Zimmermann, Frutigen; alt Grossrat Bernhard Zumbrunn, Unterbach; Jürg Zumstein, Höfen; Annerös Zürcher, Bleienbach; Samuel Zürcher, Bleienbach und weitere Persönlichkeiten.



# Die SVP trägt Sorge zur Umwelt –

Nicht zufällig war es gerade SVP alt Bundesrat Dölf Ogi, der mit seiner energiesparenden Eierkochmethode Furore gemacht. Die Umwelt war der SVP immer schon ein Anliegen.



«Anstatt Klimanotstand zu rufen und den Steuerzahlern das Geld für internationale Absichtserklärungen aus der Tasche zu ziehen, müssen wir Massnahmen gegen die konkreten Folgen des Klimawandels ergreifen, zum Beispiel bei der Hangsicherung, aber auch bei der Wasserversorgung.»

Albert Rösti, Nationalrat und Parteipräsident SVP CH, Uetendorf



Wer in den alten Parteiprogrammen der bernischen SVP blättert, findet überall Forderungen zur Umwelt von der Energieversorgung mit Biogas über die Abfallentsorgung bis zur Schonung der Fruchtfolgefleichen. Boden und Wasser sind die Lebensgrundlage der Bauernfamilien und garantieren die Ernährungssicherheit, deshalb gehört die Sorge um unser schönes Land zu den Kernanliegen der Partei. Die SVP Kanton Bern will aber die Bevölkerung nicht mit Verboten und Abgaben drangsalieren, sondern die Zukunft der nächsten Generation mit innovativen Ideen, technischem Fortschritt und gelebter Sorgfalt sichern.

## Mache statt Lafere

Statt über Food waste und Plastikmüll zu reden, tut die SVP etwas. Für SVP-Mitglieder ist es selbstverständlich, ihren Abfall nicht herumliegen zu lassen und Essensreste zu verwerten statt zu verschwenden – der gesunde Menschenverstand eben. Dieser gilt auch beim Autokauf: Im ländlichen Raum wird deshalb auf Dieselmotoren gesetzt, die auf langen Strecken weniger verbrauchen. Elektrofahrzeuge hingegen sind für diejenigen sinnvoll, die ein kleines Fahrzeug benötigen, da die Batterien für die Umwelt problematisch sind betreffend Herstellung und Entsorgung.

## Dezentrale Entwicklung statt Staus und Dichtstress

Die SVP hat sich immer gegen die unbegrenzte Zuwanderung und die wachsende Zentralisierung zur Wehr gesetzt – zu Recht! Heute sind wir konfrontiert mit täglichen Staus, einem Ausdünnen des ländlichen Raums und einer verbauten Landschaft, um die zusätzlichen Menschen in diesem Land unterbringen zu können. Die SVP will keine 12-Millionen-Schweiz. Sie fordert die moderne Nutzung von Industriebrachen und die intelligente Umnutzung von Bauten im ländlichen Raum anstatt einer Konzentration der Arbeitsplätze auf die Städte mit entsprechenden Pendlerströmen.

## Sich für den Klimawandel rüsten

Statt nur den «Klimanotstand» hinauszuposaunen gilt es, sich für die Folgen des Klimawandels zu rüsten, um die Sicherheit und die landwirtschaftliche Produktion zu gewährleisten. Als eines der wenigen Industrieländer hält die Schweiz die internationalen Klimaziele ein. Neue Umweltabgaben oder Technologieverbote sind Symbolpolitik, aber keine echte Lösung. Vielmehr muss man sich wappnen gegen den Klimawandel: mit Vorkehrungen gegen Murgänge, intelligenten Bewässerungslösungen, aber auch einer Anpassung der Landwirtschaft an trockenere Sommer.

## Diversifizierte Energieversorgung statt Denkverbote

Mit stetig strengeren Umweltvorschriften nimmt die Inlandproduktion und somit die Eigenversorgung nicht zu, sondern werden mehr Importe aus

dem Ausland inkl. Strom aus Kohlekraftwerken provoziert. Gleichzeitig bekämpfen links-grüne Kreise sinnvolle Projekte wie Windenergieanlagen und die Erhöhung der Grimselstaumauer. Die SVP hingegen setzt sich für eine vielfältige inländische Energieproduktion ein. Und es sind SVP-Landwirte, die mit Solaranlagen auf ihren Dächern und Biogasanlagen erneuerbaren Strom produzieren – sofern dies keine bürokratischen Hürden verhindern. Versorgungssicherheit dank Innovationskraft, Wirtschaftlichkeit und Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Umweltfreundlichkeit heisst die Maxime. Dazu gehört Wasserkraft ebenso wie Solar-, Biomasse- und Windenergie, aber auch die Kernkraft unter Nutzung des technologischen Fortschritts. Dies dient der Schweiz als Forschungs- und Werkplatz mehr als ideologische Denkverbote.



«Der Klimawandel stellt die Landwirtschaft im Berggebiet vor Herausforderungen. Wir müssen uns dagegen rüsten, aber auch die Chancen nutzen.»

Erich von Siebenthal, Nationalrat, Gstaad



# Für einen bernstarken Wirtschaftskanton Bern

Ende April 2019 gab die Ypsomed bekannt, über 100 Stellen von Burgdorf in den steuergünstigen Kanton Solothurn zu transferieren. Das zeigt den Handlungsbedarf bei der Unternehmensbesteuerung in drastischer Deutlichkeit auf. Bern gerät immer mehr ins Hintertreffen. Auch bei den natürlichen Personen besteht steuerlicher Handlungsbedarf.



«Wir müssen immer auf einen Konjunkturrückgang vorbereitet sein, als Unternehmer ebenso wie als Kanton.»

Beat Bösiger, Grossrat und Unternehmer, Niederbipp

Die jeweils positiven Jahresabschlüsse haben es gezeigt: Steuersenkungen wären möglich. Ebenso klar ist allerdings auch, dass der Kanton Bern ohne die bisherigen Sparpakete in tiefrote Zahlen abrutschen würde. Der eingeschlagene Kurs ist daher weiterzuführen, um den Haushalt nachhaltig zu stabilisieren, Schulden abzubauen und sich für einen allfälligen Konjunkturrückgang wappnen zu können. Gemeint ist dabei nicht ein «unechtes Sparen» durch die Verschiebung von Aufgaben und Ausgaben vom Kanton an die Gemeinden, sondern endlich ein Bremsen des Ausgabenwachstums. Dazu braucht es einen echten Aufga-



«Kleine und mittlere Unternehmen sind die Stütze der bernischen Wirtschaft. Sie sollen sich ihrem Kerngeschäft widmen können anstatt sich mit immer mehr Bürokratie herumzuschlagen.»

Nadja Günthör, Erlach



benverzicht und die Einsicht, dass sich der Kanton Bern nicht mehr leisten sollte als andere Kantone und nicht in allen Bereichen ein Musterschüler sein muss. Überhöhte Mindeststandards im Baubereich sind ein Beispiel, ein anderes ist etwa die Tatsache, dass der Kanton Bern Tagesschulen finanziell unterstützt, während etliche Geburkantone des Lastenausgleichs gar nichts an Tagesschulen zahlen.

Nur wenn wir den Raum für Steuersenkungen vergrössern, werden Bernerinnen und Berner und die Unter-

nehmen in Zukunft weniger Steuern zahlen müssen und nicht mehr in Nachbarkantone ausweichen. Davon profitieren nicht nur «die Reichen» oder «die Firmenmultis», sondern alle: die Einwohnerinnen und Einwohner, denen mehr Geld im Portemonnaie verbleibt.

## Dynamisierte Wirtschaftsentwicklung

Voraussetzung für einen starken Wirtschaftsstandort und solide Kantonsfinanzen ist eine gesunde, aber dynamische Wirtschaftsentwicklung. Der Kanton kann mit einer schlanken

und dienstleistungsorientierten Verwaltung, welche die öffentlichen Aufgaben effizient und effektiv erbringt, dazu beitragen. Dazu gehört auch eine Steuerstrategie, die diesen Namen verdient, und eine kantonale Wirtschaftsstrategie, welche optimale räumliche und administrative Rahmenbedingungen zur Ansiedelung und zur Entwicklung von Unternehmungen vom Kleinbetrieb bis zu den internationalen Grosskonzernen bietet. Ein erster wichtiger Schritt wäre der Abbau der ausufernden Bürokratie mit ihren immer zahlreicheren Vorschriften. Dafür setzen wir uns ein, auf allen Stufen und in allen Räten.



«Je mehr Steuerzahler von hohen Steuern in andere Kantone vertrieben werden, desto weniger Geld ist in der Kasse und desto mehr Pendlerströme haben wir. Es ist höchste Zeit, diese Entwicklung zu stoppen.»

Eveline Küng, Belp



# immer schon!

Naturschutz konkret

## Das Vogeldorf von Andreas Aebi

Mit dem Projekt Vogeldorf Alchenstorf soll die Biodiversität in der Landwirtschaft aber auch im Siedlungsgebiet, exemplarisch an ausgewählten Vogelarten, gefördert werden. Gleichzeitig sollen neue Finanzierungskonzepte erarbeitet werden, um solche Projekte unabhängig von Bundesgeldern zu finanzieren.



«Politik bestimmt unser tägliches Leben, bewusst und unbewusst. Jede und jeder kann persönlich etwas zur von morgen beitragen.»

Andreas Aebi, Nationalrat, Alchenstorf



Nationalrat Andreas Aebi betreibt seit langem ein Umweltprojekt, das seinesgleichen sucht: Sein Bauernhof bietet Jahr für Jahr ca. 150 Mehlschwalben- und sechs Rauchschwalbenpaaren Platz und Raum für die Aufzucht ihrer Jungen. Er arbeitet dabei mit dem Natur- und Vogelschutzverein Wasen i.E. zusammen. Zudem ist ein Schleiereulenkasten montiert,

in dem ein Schleiereulenpaar seine Brut aufzieht. Das ist Umweltschutz à la SVP: unaufgeregt, konkret und mit zählbaren Resultaten. 2019 sind bereits sechs junge Schleiereulen geschlüpft. Sie können mittels Nestkamera live beobachtet werden. Interessiert an einem direkten Einblick? Einfach auf [www.aebi-andreas.ch](http://www.aebi-andreas.ch) oder qr-Code scannen!



## Handfestes statt Luftschlösser

Die Debatte im Grossen Rat zur Klimaerklärung hat gezeigt: In der Klimapolitik setzen die meisten Parteien auf ideologische Luftschlösser statt auf konkrete Lösungen.

Nur so ist es zu erklären, dass sämtliche ergänzenden Anträge der SVP zur linken Klimaerklärung abgelehnt wurden. Ebenfalls abgelehnt wurde die Forderung betreffend Umnutzung und moderaten Erweiterung bestehender Bauten zum nachhaltigen und

haushälterischen Umgang mit dem Boden. Die SVP bleibt am Ball! Sie wird diese Forderungen wieder einbringen, damit Symbolpolitik und Aktionismus endlich abgelöst werden durch echte Lösungen für Nachhaltigkeit und Umweltschutz.



«Wir sollten an Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen appellieren, Schweizer Produkte zu konsumieren und soweit möglich bei Submissionen regionale Anbieter zu berücksichtigen.»

Lars Guggisberg, Grossrat, Kirchlindach



«Es würde Massnahmen brauchen, um die regulatorischen und rechtlichen Hürden zur Förderung erneuerbarer Energien abzubauen, insbesondere beim Bau neuer Wasser-, Wind- und Solarenergieanlagen.»

Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg



«Es sollte anerkannt werden, dass eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung gemäss Bundesverfassung zum nachhaltigen und haushälterischen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen beiträgt.»

Thomas Knutti, Grossrat, Weissenburg

## Vernünftige Lösungen für einen bernstarken ländlichen Raum

Der ländliche Raum ist eine der grossen Qualitäten des vielfältigen Kantons Bern. Sie ist geprägt von der Landwirtschaft, diese gerät aber immer mehr unter Druck durch zusätzliche Vorschriften, hohe Erwartungen der Steuerzahler, die Konkurrenz aus dem Ausland und extreme Initiativen.



«Regionale und saisonale Lebensmittel sind nachhaltig. Die Schweizer Qualitätsprodukte haben nicht nur einen Preis, sondern auch einen Wert.»

Hans Jörg Rüegsegger, Grossrat, Riggisberg

Nahrungsmitteln, Ernährungssouveränität, Fair Food, Hornkuh), die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative werden folgen. Dazu kommen undifferenzierte Angriffe von Medien, die verkennen, dass die Landwirtschaft nicht nur lebenswichtige Nahrungsmittel produziert, sondern viele ökologische Leistungen erbringt.

### Das Richtige am richtigen Ort tun

Die SVP stärkt der Landwirtschaft den Rücken – seit jeher schon. Deshalb setzt sie auf die Qualitätsprodukte und Dienstleistungen der Berner Bauernfamilien. Ob Bio- oder IP Suisse, regionale Lebensmittel sind nachhaltig und haben nicht nur einen Preis, sondern auch einen Wert. Sie sollen deshalb fair entschädigt werden, damit den chrapfenden Bauernfamilien etwas zum Leben bleibt, die sich durchsetzen müssen gegen die ausländische Massenproduktion unter teilweise fragwürdigen Herstellungsbedingungen. Der knappe fruchtbare und nicht vermehrbare Boden soll für die Ernährungssicherheit und die Biodiversität gezielt genutzt werden – mit gesundem Menschenverstand soll das Richtige am richtigen Ort getan werden. Dazu gehört, lokal und saisonal

einzukaufen und Auf- und Umzonungen zu fördern, sowie Siedlungen sinnvoll nach Innen zu entwickeln. Vorschriften sind so anzupassen, dass auch Nebenerwerbe und die Stromproduktion durch Solar- und Biogasanlagen leichter möglich sind.

### Dezentrale Entwicklung ermöglichen

Von einem starken ländlichen Raum profitiert der ganze Kanton, er darf nicht vernachlässigt werden. Die Raumplanung ist so zu korrigieren, dass massvolle Entwicklungen nicht nur in den Städten und Agglomerationen, sondern auch in ländlichen Gebieten stattfinden können. Der bestehende rechtliche Handlungsspielraum zu Gunsten der Entwicklung muss optimal ausgenutzt und flexibel gehandhabt werden können. Arbeitszonen sollten überkommunal ausgedehnt werden können. Bestehende, gut erschlossene Bausubstanz muss umgenutzt werden können und Bewilligungsverfahren müssen so einfach und rasch wie möglich behandelt werden können. Nur wenn sich Wirtschaft und Landwirtschaft auch lokal entwickeln können, kommt der Kanton Bern weiter.



«Die produzierende Landwirtschaft soll eine Zukunft haben. Die Agrarpolitik ist entsprechend auszulegen. In unserem Hügel- und Grasland gibt es nichts Nachhaltigeres und Ökologischeres als eine Kuh, die Gras frisst.»

Alfred Bärtschi, Grossrat, Lützelflüh-Goldbach



«Entwicklung soll nicht nur in den Städten und Agglomerationen, sondern auch im ländlichen Raum und in den Randregionen möglich sein.»

Markus Gerber, Grossrat, Bellelay

Alleine seit 2016 wurde über vier Initiativen und einen Gegenvorschlag abgestimmt (keine Spekulation mit

# Erfahrenere Köpfe für den Kanton



**Andreas Aebi** 01.01.5  
www.aebi-andreas.ch

Eidg. dipl. Landwirt / Unternehmer  
1958 | verheiratet | 3 Kinder | Alchenstorf  
Mitglied der APK und OSZE Delegation; Präs.  
Arbeitsgemeinschaft Schweizer Rinderzüchter;  
Präs. SVP Emmental



**Manfred Bühler** 01.02.3  
www.manfredbuehler.ch

Rechtsanwalt / Gemeindepräsident  
1979 | Cortébert  
Präs. FMS Motocross Kommission; Co-Präs. Comité  
EU-NON romandie; Vorstand HEV Kanton Bern;  
Aufsichtsrat Ausgleichskasse Kt. BE; Vizepräs.  
SVP BE



**Andrea Geissbühler** 01.03.1  
www.andreaeissbuehler.ch

Ehemalige Kindergärtnerin / Polizistin,  
Reitpädagogin  
1976 | verheiratet | 3 Kinder | Bärswil  
Rechtskommission; Präs. Dachverband Drogen-  
abstinenz Schweiz; AUNS, Pro Libertate;  
Landfrauenverein Hindelbank



**Erich Hess** 01.04.0  
www.erichhess.ch

Unternehmer und Geschäftsführer / Lastwagen-  
führer  
1981 | Bern  
GPK-Nationalrat; Vizepräs. Samariterfahrdienst  
Bern-Biel-Thun; Mitglied: ASTAG, HEV, KMU,  
Handels- u. Industrieverein Bern, AUNS, Ja zur  
Schweiz – Nein zum EU-Beitritt



**Nadja Pieren** 01.05.8  
www.nadja-pieren.ch

Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkinderziehe-  
rin / Betriebsleiterin / Inhaberin private Kita und  
Tagi  
1980 | Heimiswil  
Präs. Gemüseproduzentenvereinigung (GVBF);  
Präs. Fleischfachverband (FFV Bern); Verwaltung-  
rätin Radio Neo 1; Parteileitungsmittglied SVP CH



**Beat Bösiger** 01.11.2  
www.boesiger-gemuese.ch

Gemüseproduzent / Unternehmer / Grossrat  
1970 | verheiratet | 2 Kinder | Niederbipp  
Geschäftsleitung SVP BE; Vorstand Verband  
Schweizer Gemüseproduzenten und Gemüsepro-  
duzentenvereinigung BE/FR/SO; Grosser Vorstand  
Berner Bauernverband



**Markus Gerber** 01.12.1  
www.gerbermarkus.ch

Landwirt / Betriebsleiter / Gemeindepräsident  
1972 | verheiratet | 3 Kinder | Bellelay  
Präs. Swissherdbook Zollikofen; Präs. VR Suiselab  
AG Zollikofen; Mitglied VR Qualitas AG Zug; Präs. OK  
Fête de la Tête de Moine Bellelay



**Lars Guggisberg** 01.13.9  
www.larsguggisberg.ch

Geschäftsführer / Fürsprecher / Grossrat  
1977 | verheiratet | 2 Kinder | Kirchlindach  
Präs. Verkehrskomm. und Vizepräs. TCS Sektion  
Bern; Direktion NMS Bern; Vorstand Spitex Verband  
BE, ASTAG, Gewerbeverein Kirchlindach-Meikirch;  
Präs. SVP Bern-Mittelland



**Nadja Günthör** 01.14.7  
www.nadja-guenthoer.ch

Assistant Manager Kommunikation, Personal Coach  
1965 | verheiratet | Erlach  
Vorstandsmittglied IG Region Erlach; Vorstandsmit-  
glied Sektion SVP Jolimont



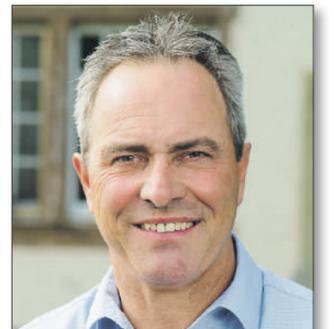
**Stefan Hofer** 01.15.5

Pilot / Unternehmer / Grossrat  
1975 | 3 Kinder | Bern  
Mitglied Gesundheits- und Sozialkommission;  
Vizepräs. SVP Stadt Bern



**Hans Jörg Rüeegg** 01.21.0  
www.hjrueegg.ch

Landwirt mit HF / Agro Techniker / Grossrat  
1970 | verheiratet | 5 Kinder | Riggisberg  
Präs. Berner Bauern Verband; Vizepräs. SVP Mittel-  
land Süd; Vizepräs. SVP Sektion Riggisberg; Präs.  
Grünes Zentrum BEA; OK-Präs. MSF 2020 Riggisberg



**Martin Schlup** 01.22.8  
www.martin-schlup.ch

Dipl. Meisterlandwirt / Lastwagenführer / Grossrat  
1960 | 4 Kinder | Schüpfen  
Präs. Holzproduzenten Lyssbachtal; Präs. Verein  
produzierende Landwirtschaft; Vorstand Berge-  
nossenschaft Frémont

Kanton Bern  
Wahlzettel für die  
Nationalratswahlen 2019

Canton de Berne  
Bulletin pour l'élection  
du Conseil national 2019

Liste Nr./Liste N° 1  
Parteibeschreibung/Parti  
**SVP Kanton Bern (Frauen und Männer) (SVP BE)**  
**UDC canton de Berne (femmes et hommes) (UDC BE)**

Listenverbindung / Apparetement de listes: SVP BE/UDC BE (01), JSVP/JUDC (02), GEN (29)  
Unterlistenverbindung / Sous-apparetement de listes: SVP BE/UDC BE (01), JSVP/JUDC (02)

01.01.5 <b>Aebi Andreas</b> , 1958, eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, Alchenstorf (bisher)	01.13.9 <b>Guggisberg Lars</b> , 1977, Geschäftsführer, Grossrat, Kirchlindach
01.02.3 <b>Bühler Manfred</b> , 1979, Rechtsanwalt, Cortébert (bisher)	01.14.7 <b>Günthör Nadja</b> , 1965, Assistant Manager, Personal Coach, Erlach
01.03.1 <b>Geissbühler Andrea</b> , 1976, Reitpädagogin, ehem. Polizistin, Bärswil (bisher)	01.15.5 <b>Hofer Stefan</b> , 1975, Pilot, Bern
01.04.0 <b>Hess Erich</b> , 1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern (bisher)	01.16.3 <b>Knutti Thomas</b> , 1973, Bergbauer, Berufsfahrer, Weissenburg
01.05.8 <b>Pieren Nadja</b> , 1980, Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkinderz., Heimiswil (bisher)	01.17.1 <b>Krähenbühl Samuel</b> , 1977, Teamleiter Produktentwicklung, Grossrat, Unterlangenegg
01.06.6 <b>Rösti Albert</b> , 1967, Dr. Ing. Agr. ETH, Gemeindepräsident, Uetendorf (bisher)	01.18.0 <b>Küng Eveline</b> , 1966, Fürsprecherin, VR-Präsidentin, Belp
01.07.4 <b>Salzmann Werner</b> , 1962, Ing. Agr. FH, Chefexperte Landwirtschaft, Mülchi (bisher)	01.19.8 <b>Lanz Raphael</b> , 1968, Stadtpräsident, Dr. iur., Thun
01.08.2 <b>von Siebenthal Erich</b> , 1958, Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn Wasserrgrat, Gstaad (bisher)	01.20.1 <b>Michel Andreas</b> , 1957, CEO, Verwaltungsratspräsident, Meiringen
01.09.1 <b>Armstutz Madeleine</b> , 1979, dipl. Betriebswirtschaftlerin, Grossrätin, Sigriswil	01.21.0 <b>Rüeegg Hans Jörg</b> , 1970, Landwirt HF, Präsident Berner Bauern Verband, Riggisberg
01.10.4 <b>Bärtschi Alfred</b> , 1965, eidg. dipl. Landwirt, Lützelüh	01.22.8 <b>Schlup Martin</b> , 1960, Meisterlandwirt, Schüpfen
01.11.2 <b>Bösiger Beat</b> , 1970, Gemüseproduzent, Unternehmer, Niederbipp	01.23.6 <b>Schneider Sandra</b> , 1991, Kaufrau EFZ, Grossrätin, Biel/Bienne
01.12.1 <b>Gerber Markus</b> , 1972, Landwirt, Präsident Swissherdbook, Bellelay	01.24.4 <b>Singer Michelle</b> , 1994, Floristin EFZ, Drucktechnologin EFZ, Utzenstorf



**STÄNDERATSWAHLEN**  
**20. OKTOBER 2019**

Kanton Bern  
Ständeratswahlen  
20. Oktober 2019

Canton de Berne  
Election du Conseil des Etats  
20 octobre 2019

Amtlicher Wahlzettel Bulletin officiel

1. **Werner Salzmann**

2. \_\_\_\_\_

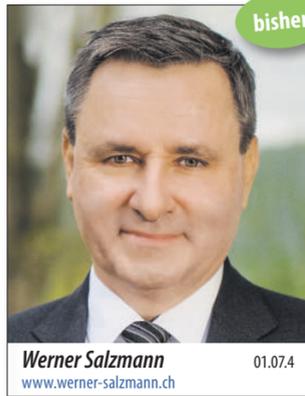
# Bern in den Nationalrat



bisher

**Albert Rösti** 01.06.6  
[www.albertroesti.ch](http://www.albertroesti.ch)

Dr. Ing. Agr. ETH / MBA Bern-Rochester New York / Gemeindepräsident Uetendorf / Präs. SVP Schweiz 1967 | verheiratet | 2 erw. Kinder | Uetendorf u. a. Präs. Schweiz. Wasserwirtschaftsverband; Verwaltungsrat Spar- u. Leihkasse Frutigen



bisher

**Werner Salzmann** 01.07.4  
[www.werner-salzmann.ch](http://www.werner-salzmann.ch)

Dipl. Ing. Agr. FH / dipl. Landwirt; Präs. SVP BE Chefexperte Landwirtschaft Steuerverwaltung 1962 | verheiratet | 4 Kinder | Mülchi Oberst; Präs. Sicherheitspolitische Komm.; Präs. Berner Schiesssportverband; Präs. Schweizerischer Verband für Landtechnik



bisher

**Erich von Siebenthal-Glauser** 01.08.2  
[www.erichv7thal.ch](http://www.erichv7thal.ch)

Bergbauer / Betriebsleiter Bergbahn Wasserngrat 1958 | verheiratet | 3 Kinder | Gstaad SIK; GPK; Präs. SAV Schweizerischer Alpwirtschaftsverband; Präs. Berner Waldbesitzer BWB


**Madeleine Amstutz** 01.09.1  
[www.madeleine-amstutz.ch](http://www.madeleine-amstutz.ch)

Dipl. Betriebswirtschafterin / Führungsfachfrau eidg. FA / Grossrätin und Fraktionspräsidentin / Gemeindepräsidentin 1979 | Sigriswil FIKo; Präs. parl. Gr. Tourismus; Vorstand HEV, VBG, WST, Transfair, TV; VR AVAG, Raiffeisen Steffisb.


**Alfred Bärtschi** 01.10.4  
[www.baertschi-waldhaus.ch](http://www.baertschi-waldhaus.ch)

Eidg. dipl. Landwirt / Grossrat 1965 | verheiratet | Lützelflüh-Goldbach Präs. SVP Lützelflüh; Präs. Schwellenkorporation Lützelflüh; Vizepräs. Emme II; Vizepräs. Wasserbauverband Emmental und benachbarte Gebiete; Präs. Viehzuchtverein Lützelflüh


**Thomas Knutti** 01.16.3  
[www.thomas-knutti.ch](http://www.thomas-knutti.ch)

Bergbauer / Berufsfahrer / Grossrat / Gemeindepräsident 1973 | 1 Kind | Weissenburg Präs. SVP Sicherheitskommission; Präs. SVP Wahlkreisverband Oberland; Vorstand IG Anbindestall


**Samuel Krähenbühl** 01.17.1  
[www.samuelkraehenbuehl.ch](http://www.samuelkraehenbuehl.ch)

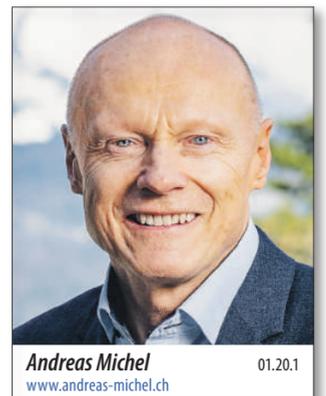
lic. phil. hist. / Teamleiter Produktentwicklung Swissgenetics / Grossrat 1977 | Unterlangenegg VR-Präs. Kunsteisbahn Oberlangenegg; Präs. IG Windpark Honegg, Eriz; Vorstand BernBILINGUE; Mitglied OGG Bern, Parteivorstand SVP CH


**Eveline Küng** 01.18.0  
[www.eveline-kueng.ch](http://www.eveline-kueng.ch)

Rechtsanwältin / Unternehmerin 1966 | verheiratet | 2 Kinder | Belp Präs. Verband Schweizerische Inkassotreuhandinstitute (vsi); Gewerkekammer des Schweizerischen Gewerbeverbandes (sgv); VR-Präsidentin Inkasso Küng AG


**Raphael Lanz** 01.19.8  
[www.raphaellanz.ch](http://www.raphaellanz.ch)

Stadtpräsident / Grossrat / Dr. iur., Fürsprecher 1968 | verheiratet | 3 Töchter | Thun Mitgründer und Präs. Brauerei Thun AG; Präs. Parkhaus Thun AG; Präs. Politforum Thun; VR Energie Thun AG; Jury-Mitglied Thuner Sozialstern


**Andreas Michel** 01.20.1  
[www.andreas-michel.ch](http://www.andreas-michel.ch)

CEO / Verwaltungsratspräsident / Gemeindepräsident / Grossrat 1957 | verheiratet | 2 Kinder | Meiringen Präs. Nationale Sportkommission und Geschäftsführer Auto Sport Schweiz; Mitglied Gesundheits- und Sozialkommission BE


**Sandra Schneider** 01.23.6  
[www.sandraschneider.ch](http://www.sandraschneider.ch)

Kauffrau EFZ / Grossrätin und Stadträtin 1991 | verheiratet | Biel/Bienne Präs. Junge AUNS; Vizepräs. JSVP BE; Vorstand ACS Bern; Mitglied: BDS, PIKOM, Pro Libertate, Faschingsunft Biel, Tierpark Biel, Kaufm. Verband


**Michelle Singer** 01.24.4  

Floristin EFZ, Drucktechnologin EFZ / Sekretärin JSVP Schweiz 1994 | ledig | Utzenstorf Vize SVP Utzenstorf; Präs. JSVP Emmental; VS SVP Emmental; VS JSVP Bern; VS Turnverein Utzenstorf



- zum gleichen Rentenalter für Mann und Frau
- zur konsequenten Ausweisung von ausländischen Gewalttätern und illegalen Einwanderern
- zu leistungsorientierten Volksschulen mit Noten
- zu elektronischen Patientendossiers zur Vermeidung doppelter Behandlungen und unnötiger Gesundheitskosten
- zur unbürokratischen Nutzung leer stehender Bauten auch auf dem Land
- zu Bäumen statt Betonwüsten in der Stadt



- zum EU-Beitritt
- zu «Reithallen»-Experimenten auf Kosten der Allgemeinheit
- zu Waschzeit-Vorschriften im eigenen Haushalt
- zu Fleischverboten in der Mensa
- zu Millimeter-Kontrollmessungen im Kuhstall
- zum Sauberkeitsrappen für Gewerbebetriebe
- zum Dieserverbot
- zum Rauchverbot unter freiem Himmel bei gleichzeitiger Cannabis-Legalisierung

**Liste 1**

[www.svp-bern.ch](http://www.svp-bern.ch)



# Junge Köpfe für den Kanton Bern



**Tina Schluep** Kand.Nr. 02.01.1

Moutier, 1992  
Lernende Kaufmännische Angestellte  
Präsidentin JSVP Wahlkreis Berner Jura



**Andreas Gerber** Kand.Nr. 02.02.0

Eggiwil, 1994  
Milchtechnologe EFZ; Lastwagenchauffeur;  
BWL-Student  
Oberleutnant der Schweizer Armee; Vizepräsident JSVP Schweiz; Vorstand SVP Schweiz; Kassier SVP Emmental



**Nils Fiechter** Kand.Nr. 02.03.8

Frutigen, 1996  
Gemeindevorstand; Kaufmann EFZ  
Co-Parteipräsident JSVP Kanton Bern; Vorstand SVP Kanton Bern; Vorstand Egerkinger Komitee; Co-Präsident des Referendumskomitees «NEIN zum Millionen Transitplatz Wileroltigen»



**Adrian Spahr** Kand.Nr. 02.04.6

Lengnau, 1994  
Polizist mit eidg. Fachausweis  
Co-Parteipräsident JSVP Kanton Bern; Panzer-grenadier-Wachtmeister; Vorstand SVP Lengnau; Co-Präsident des Referendumskomitees «NEIN zum Millionen Transitplatz Wileroltigen»



**Lars Dubach** Kand.Nr. 02.05.4

Heimberg, 1989  
Dipl. Betriebswirtschaftler HF  
Leiter Reisezentrum



**Patrick Grütter** Kand.Nr. 02.11.9

Seeberg, 1991  
Bauwerkrenner



**Oliver Häusler** Kand.Nr. 02.12.7

Leuzigen, 1992  
Kaufmann EFZ



**Christoph Henz** Kand.Nr. 02.13.5

Seedorf, 1998  
Bankkaufmann EFZ; Offizier der Schweizer Armee; Parteileitungsmitglied JSVP Schweiz



**Désirée Keller** Kand.Nr. 02.14.3

Thörishaus, 1998  
Keramikerin EFZ



**Nico Mundwiler** Kand.Nr. 02.15.1

Signau, 1998  
Schreiner EFZ



**Anissa Weyermann** Kand.Nr. 02.21.6

Utzenstorf, 1998  
Immobilien Kauffrau EFZ



**Fabian Widmer** Kand.Nr. 02.22.4

Kaufdorf, 1989  
Lüftungsanlagenbauer, Servicetechniker HF



**Fabian Wyssen** Kand.Nr. 02.23.2

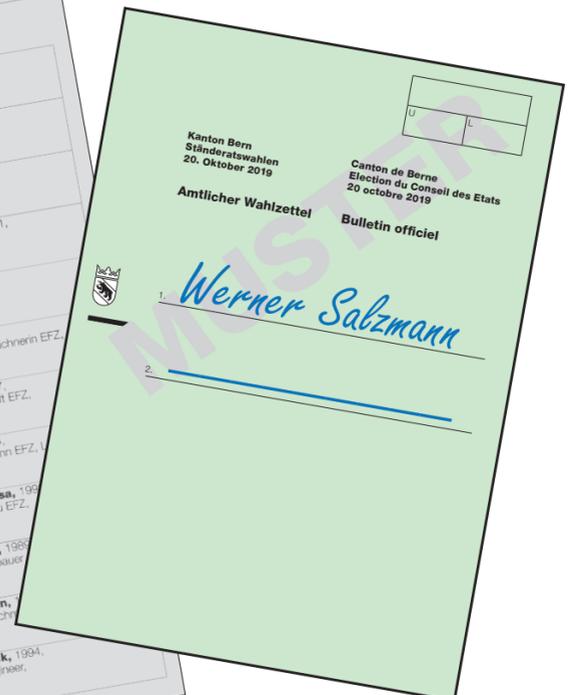
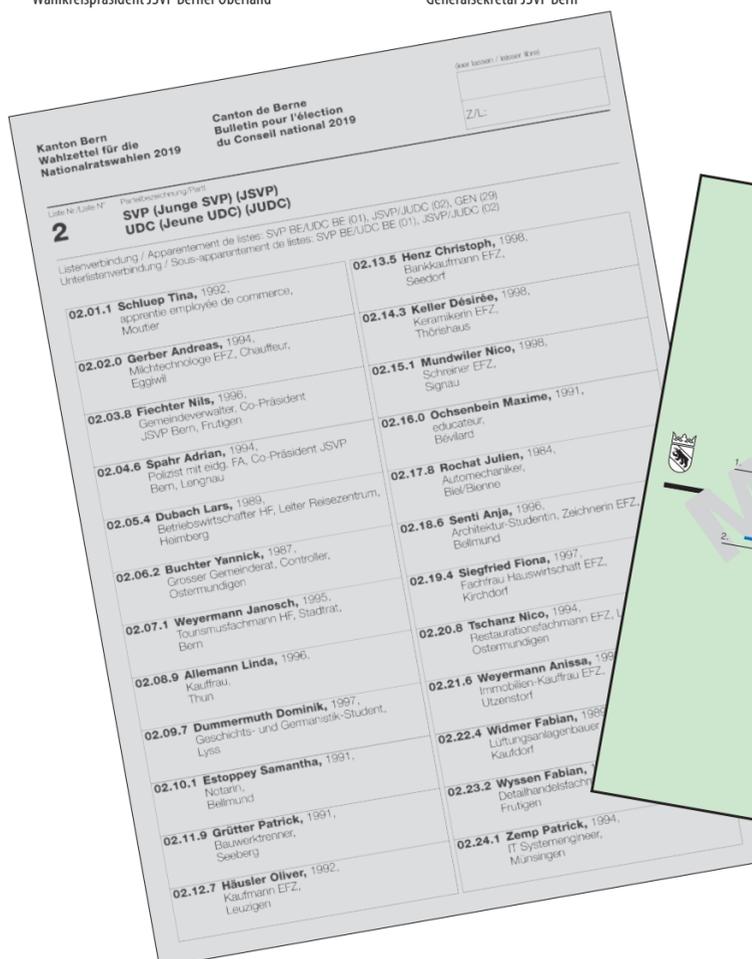
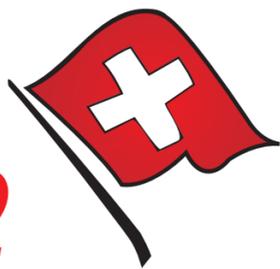
Frutigen, 1998  
Detailhandelsfachmann EFZ  
Wahlkreispräsident JSVP Berner Oberland



**Patrick Zemp** Kand.Nr. 02.24.1

Münsigen, 1994  
IT-Systemingenieur  
Generalsekretär JSVP Bern

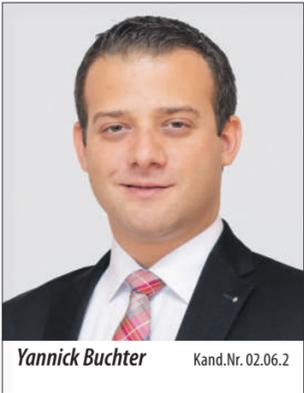
## Liste 2



# in den Nationalrat



**Junge SVP Kanton Bern**  
www.jsvpbern.ch



**Yannick Buchter** Kand.Nr. 02.06.2

Ostermundigen, 1987  
Controller  
Mitglied Grosser Gemeinderat Ostermundigen;  
Regionalrichter Strafgericht Bern-Mittelland;  
Sozialkommission Ostermundigen; Vorstand SVP Ostermundigen



**Janosch Weyermann** Kand.Nr. 02.07.1

Bern, 1995  
Tourismusfachmann HF  
Stadtrat Bern; Präsident JSVP Stadt Bern; Sekretär SVP Stadt Bern; Vorstandsmitglied Berner Samariter, PRO LIBERTATE und PIKOM; Mitglied bei KMU, HIV, HEV und BDS



**Linda Allemann** Kand.Nr. 02.08.9

Thun, 1996  
Kauffrau EFZ



**Dominik Dummermuth**  
Kand.Nr. 02.09.7

Lyss, 1997  
Geschichts- und Germanistik Student  
Offizier der Schweizer Armee; Mitglied Bildungskommission Gemeinde Lyss; Vorstand SVP Lyss-Busswil; Parteileitungsmitglied Junge SVP Kanton Bern



**Samantha Estoppey** Kand.Nr. 02.10.1

Bellmund, 1991  
Notarin des Kantons Bern



**Maxime Ochsenbein** Kand.Nr. 02.16.0

Bévilard, 1991  
Erzieher  
Ehemaliger Präsident der JSVP Berner Jura; Mitglied des Rates des Berner Juras; Mitglied des Vorstandes SVP Berner Jura; Mitglied des Generalrats Valbirse



**Julien Rochat** Kand.Nr. 02.17.8

Biel, 1984  
Automechaniker EFZ; Gruppenleiter; Stadtrat Biel



**Anja Senti** Kand.Nr. 02.18.6

Bellmund, 1996  
Studentin Architektur, Zeichnerin EFZ  
Schulkommissionsmitglied



**Fiona Siegfried** Kand.Nr. 02.19.4

Kirchdorf, 1997  
Fachfrau Hauswirtschaft EFZ



**Nico Tschanz** Kand.Nr. 02.20.8

Ostermundigen, 1994  
Restaurationsfachmann EFZ  
Lokführer in Ausbildung

## Dank JSVP-Referendum

# Das Volk entscheidet über den Millionen-Transitplatz für ausländische Fahrende

Die Junge SVP Kanton Bern hat 12'176 Unterschriften gegen den Bau des Millionen-Transitplatzes für ausländische Fahrende eingereicht. Damit ist das Referendum gegen den Transitplatz in Wileroltigen klar zustande gekommen.

Nötig gewesen wären 10'000 Unterschriften. Der Sammelerfolg zeigt, dass der Unmut in der Bevölkerung des Kantons Bern gross ist. Dank des Referendums können die Bernerinnen und Berner entscheiden, ob in Wileroltigen ein Transitplatz für ausländische Fahrende gebaut wird.

Der Grosse Rat des Kantons Bern hatte im März 2019 einem Kredit von CHF 3.3 Millionen für den Bau eines Transitplatzes für ausländische Fahrende zugestimmt. Dies gegen den Willen der ortsansässigen Bevölkerung, die sich aufgrund von wiederholten schlechten Erfahrungen mit ausländischen Fahrenden stets gegen einen solchen Platz gewehrt hatten: Im Sommer 2017 musste die 350-Seelen-Gemeinde mit ansehen, wie über 200 Wohnwagen von gut 500 ausländischen Fahrenden illegal eine Wiese in Beschlag nahmen. Über Wochen hinweg hatten die Wileroltiger mit massiven Verunreinigungen in der Umgebung zu kämpfen. Kein Wunder

geht nun die Angst um, dass künftig jeder Jahr solche Szenarien drohen. Die JSVP ergriff das Referendum gegen diesen Kredit, da es gegen die Gemeindeautonomie verstösst, einen solchen Platz gegen den klaren Willen der Standortgemeinde durchzudrücken. Zudem ist der Kredit völlig überraschend: Für 3.3 Mio. sollen gerade einmal 36 Standplätze für 180 Personen gebaut werden – das macht 90'000 Franken Steuergelder pro Platz!

Die beiden Co-Präsidenten der JSVP Nils Fiechter und Adrian Spahr sind erleichtert, dass das Referendum zustande gekommen ist: «Nun kann das Berner Stimmvolk entscheiden, ob es sich mit Wileroltigen solidarisiert und der Gessler-Politik der Berner Regierung die rote Karte zeigt».





# Bern, Biel oder Thun ist nicht London!

Die Städtepolitik ist heute geprägt von einem neidvollen Blick nach London, Berlin oder Paris. Ausländische Millionen-Metropolen werden als Vergleich herangezogen, wenn es darum geht, Autos zu verbannen, Events in die Stadt zu holen und Kulturinstallationen zu bauen. Es ist höchste Zeit, den Weg vom Grössenwahn zurück zum gesunden Menschenverstand zu finden.

Unsere historischen Städte waren einst Marktflücken, wo sich Stadt und Land trafen. Heute jedoch werden mit der Verbannung des motorisierten Individualverkehrs leider auch Handel und Gewerbe aus den Städten vertrieben. Damit wird ein Teil der Bevölkerung ausgegrenzt. Neue Quartiere werden auf bestimmte Lebensentwürfe ausgerichtet und immer häufiger orientiert sich die Städtepolitik an ausländischen Metropolen. Dabei geht vergessen, dass Städte wie London so viele Einwohner haben wie die ganze Schweiz. Anstatt ausländischen Städten nachzueifern, wäre der Bevölkerung besser gedient, wenn die schweizerischen Qualitäten gepflegt würden: die Einzigartigkeit jeder Stadt mit ihren schönen Ecken, die Freiheit, das Verkehrsmittel zu wählen, das einem entspricht und die Sicherheit, auch abends noch in allen Strassen flanie-

ren zu können, ohne dass man nachher sein Handy vermisst.

## Strassenlärm nicht durch Festlärm und Krawall ablösen

Improvisierte Wasserrutschen, Sportturniere, Volksläufe, subventionierte Kulturveranstaltungen prägen heute an vielen Tagen und Nächten das Stadtbild. In der Stadt Bern kommen Demos und Saubannerzüge bis hin zu Strassenschlachten dazu, weil sich die Stadt mit der Reithalle einen weitgehend rechtsfreien Raum leistet, von welchem aus die Polizei attackiert wird. Die Autos sollen aus der Stadt verbannt werden, die Kirchenglocken nicht mehr läuten, dafür aber überall Partymusik und Krawall einziehen? Ist das gesunder Menschenverstand und wo bleiben da die Bedürfnisse der Ruhesuchenden?

Ein Ärgernis ist auch die ersatzlose Aufhebung von Parkplätzen in den Innenstädten. Die Stadt Thun hat vor-



«Mit dem Schlossberg-Parking konnten wir einen Mehrwert für die Stadt Thun schaffen und günstige Parkplätze anbieten. So bleibt Thun attraktiv zum Einkaufen und Flanieren.»

Raphael Lanz, Grossrat, Thun

handene Platz ist auch für die übrigen Pendler behindernd. Auch der Weg zu den Taxis und zu den Bussen auf der anderen Seite ist mühsam und un-

übersichtlich geworden. Kommt Kultur vor Sicherheit?

Wenn Plätze schon nicht mehr für Autos zugänglich sein sollen, dann sollten daraus nicht möblierte Betonwüsten werden, sondern grüne Lungen für die Stadt. Die SVP setzt sich dafür ein, dass Plätze, welche nicht mehr vom Verkehr genutzt werden dürfen, mit Bäumen bepflanzt werden. Damit würde nicht nur ein konkreter Beitrag zum Klima geleistet, sondern auch die Temperatur für die Stadtbevölkerung optimiert und ein echter Mehrwert für Flanierer geschaffen.



«Höchste Zeit bei der Reithalle aufzuräumen und das «Belebungsexperiment» auf dem Vorplatz abubrechen! Die SVP – Ihr Plus für eine sichere Stadt Bern!»

Stefan Hofer, Grossrat, Bern

gemacht, wie es besser funktionieren könnte: Dank dem 2018 eröffneten Schlossberg-Parking wurden zentral Parkplätze geschaffen – ein Plus für die Bevölkerung und das Gewerbe!

## Grüne Lungen statt möblierte Betonplätze

Die am Bahnhof Biel entstandene Robert Walser-Sculpture ist vielleicht Geschmackssache, für Sehbehinderte aber eindeutig ein Ärgernis. Die Sculpture verdeckt die Markierungen für Sehbehinderte, welche erst kürzlich angebracht wurden. Wer den Bahnhof Richtung Stadtzentrum verlassen will, wird nach wenigen Metern von einer Holzwand gestoppt. Umwege oder alternative Strecken sind nicht auszumachen. Die Kunstinstallation verwandelt den Bahnhofplatz in schmale Passagen. Der wenige noch vor-



«Linke Attacken gegen den Autofahrer machen die Innenstadt nicht attraktiver. Schon heute geben viele Leute den Franken lieber ausserhalb der Stadt Biel aus, deshalb stehen Läden leer. Wer hier Gegensteuer geben will, wählt SVP.»

Sandra Schneider, Grossrätin und Stadträtin, Biel/Bienne

## 40 Diebstähle und 8 Einbrüche pro Tag

Die Polizei leistet gute Arbeit im Kanton Bern. Die Gesamtzahl der Straftaten ist gesunken und die Aufklärungsquote hoch. Aber immer noch sind pro Tag 40 Diebstähle, 8 Einbrüche und 29 Sachbeschädigungen zu verzeichnen. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern braucht die nötigen finanziellen und personellen Mittel.



«Gewalt an Frauen hat einen Namen: Integrationsverweigerung! Die SVP kämpft dafür, dass ausländische Straftäter ausgeschafft werden.»

Michelle Singer, Utzenstorf

mit den Leuten vor Ort das Gespräch suchen und sie auf die Regeln hinweisen. Immerhin soll an den regelmässigen Polizeikontrollen festgehalten werden...

und bei Ausschreitungen müssen die Sanktionen dringend verschärft werden.

## «Belebungsexperimente» stoppen

Die Gewährleistung der Sicherheit ist mit dem zunehmenden Ausländeranteil eine wachsende Herausforderung für die Polizei. Die SVP setzt sich für einen effizienten Mitteleinsatz und mehr Sicherheit im Alltag ein. Die Justizvollzugsstrategie muss umgesetzt werden und die Vollzugsanstalten sind streng und konsequent zu führen. Weniger unnötiger bürokratischer Aufwand für die Polizei, dafür mehr auf die Sicherheit fokussierte, wirkungsvolle Einsätze müssen das Ziel sein. Die Polizeiarbeit muss mehr Wertschätzung erfahren, für die polizeiliche Auftragsbefreiung bei Demonstrationen müssen entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden

Anstatt endlich durchzugreifen, wollte die Stadt Bern die Situation bei der Reithalle mittels «Belebungsstrategie» entschärfen. Auf den Schützenmatte-Parkplatz wurden provisorische Bauten gestellt, der Partybetrieb sollte Dealer und Räuber abschrecken. Passiert ist das Gegenteil: Der Drogenhandel floriert immer noch und Diebstähle und gewalttätige Raubüberfälle haben sogar zugenommen. Die SVP fordert den sofortigen Abbruch dieses kontraproduktiven Experiments. Die Stadt will davon nichts wissen und will stattdessen ein interkulturelles Sozialprojekt aufgleisen: Sozialarbeiter sollen zusammen mit älteren Personen aus den Herkunftsländern der Täter



«Wer nicht will, dass Krawallanten bei der Reitschule unbehelligt Polizisten mit Eisenstangen, Steinen, Lasern etc. angreifen, wählt SVP.»

Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Bärswil

## 12 Rappen mehr pro Liter Benzin?

Die Ständeratskommission will Benzin und Heizöl verteuern und eine Flugticketabgabe einführen. Im Kanton Bern sollen die Motorfahrzeugsteuern wieder erhöht werden. Die Klimadebatte wird zum Deckmäntelchen für eine Geldumverteilungsmaschinerie.

Immer penetranter wird uns vorgeschrieben, mit welchem Verkehrsmittel wir uns fortzubewegen haben. Dabei wird weder vor steuerfinanzierter Propaganda (Stichwort «Velohauptstadt» Bern) zurückgeschreckt noch vor Verkehrsbehinderungsmassnahmen wie Einbahnregimes, Poller und Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen. Und im Zuge der Klimadebatte wird wieder über eine Lenkungsabgabe auf Benzin und Diesel diskutiert, obwohl damit vor allem die ländliche Bevölkerung bestraft würde, die auf ein Auto angewiesen ist, weil die Region nicht durch den ÖV erschlossen ist.

und die Versorgung in den Regionen. Wichtig ist deshalb eine möglichst rasche Realisierung von Verkehrsprojekten unter minimaler Behinderung (Zufahrt Emmental, Wirtschaftsstrasse Oberaargau, Brünigübergang, A5-Westumfahrung Biel, Bahnhof Bern, Lötschberg-Basistunnel etc.). Weiter müssen Verkehrsvorhaben und Engpassbeseitigungen nach Wachstumskriterien priorisiert werden. Das Gesamtverkehrssystem muss optimal auf den volkswirtschaftlichen Nutzen ausgerichtet werden, wobei die Interessen des Tourismus berücksichtigt werden müssen. Nicht vergessen werden darf schliesslich der Fortbestand der Anbindung des Kantons Bern an den internationalen Luftverkehr.

Die Bevormundung der Autofahrer von Zusatzkursen für Neuliker bis hin zum Fahrverbot für unbescholtene Senioren ist zu stoppen.

## Ländlichen Raum nicht abhängen

Qualitativ gute Verkehrsinfrastrukturen sind ein wichtiger Standortfaktor für die Entwicklung der Wirtschaft



«Wer nicht immer mehr fürs Autofahren bezahlen will, wählt SVP. Wir dürfen uns nicht diktieren lassen, welches Verkehrsmittel wir wo benutzen!»

Nadja Pieren, Nationalrätin, Heimiswil

# Gesundheit ist ein wertvolles Gut

Die Zeiten von «Jedem Täli sis Spitäli» sind vorbei, die Versorgung der ländlichen Regionen ist aber für den Kanton Bern nach wie vor ebenso wichtig wie die Spitzenmedizin. Kreative Lösungen und der technologische Fortschritt helfen dabei, aber es braucht auch den politischen Willen.

Die SVP setzt sich für die bestmögliche Gesundheitsversorgung im Kanton ein. Keine Region soll abgehängt werden, aber das System soll auch transparent finanziert werden. Kein Steuergeld und kein Prämienfranken soll ineffizient versickern. Zudem sind kreative Lösungen gefragt: Als die Geburtshilfeabteilung am Spital Zweisimmen geschlossen wurde, engagierten sich SVP-Grossrätin Anne Speiser mit Mitstreiterinnen dafür, dass die geburtshilfliche Grundversorgung in der Region erhalten wurde. Resultat ist die Maternité Alpine mit ihrem Geburtshaus in Zweisimmen.

Eine gute, effiziente Versorgung besteht aus einem Netz aufeinander abgestimmter Angebote von öffentlichen und privaten Anbietern von Hausärzten über Spitälern und Kliniken bis zur Insel. Praxismgemeinschaften erweisen sich heute für Stadt und Land als das Modell der Zukunft, da sie auch Teilzeitarbeit ermöglichen und dennoch sichergestellt ist, dass im Notfall jemand verfügbar ist. Dabei muss der Grundsatz ambulant vor stationär noch stärker in den Vordergrund rücken!

Von besonderer Bedeutung ist und bleibt die Insel als Spitzenmedizinplatz. Zur optimalen Infrastruktur, welche die neue Insel heute bietet, gehört aber ebenso die Qualitätskontrolle und die Kostentransparenz. Teuerung der Krankenkassenprämien stoppen

Seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes KVG kennen die Prämien nur eine Richtung: Nach oben. Grund dafür sind die explodierenden Gesundheitskosten auf Grund des medizinischen Fortschritts und der demographischen Entwicklung ei-



«In der Gesundheitsversorgung sind heute kreative moderne Lösungen gefragt, damit der ländliche Raum nicht abgehängt wird.»

Andreas Michel, Grossrat, Meiringen



nerseits, aber auch auf Grund der wachsenden Konsummentalität und der Ausdehnung des Grundleistungskatalogs in Richtung Vollkasko. Weder Prämienverbilligungen noch eine Einheitskasse sind die Lösung, sondern die Stärkung der Eigenverantwortung und die Kostentransparenz. Dazu gehören auch Massnahmen gegen die Medikamentenverschwendung und das Unterbinden der Unsicherheit, aus Bequemlichkeit die Notfallstation zu bemühen anstatt einen Arzttermin zu vereinbaren. Verteuernd auf unser Gesundheitssystem wirkt auch die umfassende Versorgung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und Personen, die die Schweiz verlassen müssen. Ab Juni 2019 nimmt die Krankenversicherung CSS schweizweit sämtliche asylsuchenden und ausreisepflichtigen Personen, die sich in den Bundesasylzentren (BAZ) aufhalten, in die obligatorische Krankenpflegeversicherung auf. Die SVP ist skeptisch, ob sich diese Lösung als kostengünstig erweisen wird. Tatsache ist, dass gemäss Zusammenstellungen die Prämien nicht reichen, um die Kosten, welche Asylsuchende verursachen, zu decken. Ein reduzierter Leistungskatalog ist hier zwingend einzuführen. Zudem sind wie seit Langem versprochen, die Verfahren endlich zu beschleunigen und nicht als Flüchtling anerkannte Personen rasch auszuweisen.

# Sozialhilfekosten steigen ungebremst

Die Zahl der Sozialhilfebezüger aus dem Asylbereich steigt. Wenn es sich nicht lohnt, eine Arbeit anzunehmen, weil einem dann weniger zum Leben bleibt als mit der Sozialhilfe, dann muss das System korrigiert werden.



«Auf die Gemeinden kommen immer mehr Kosten zu. Es braucht in der Asylsozialhilfe ein Umdenken. Integration muss Pflicht sein.»

Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen



Wer Hilfe braucht, dem soll geholfen werden. Das ist unbestritten. Wenn aber immer mehr Leute nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können, sondern ihr Leben lang von der Sozialhilfe leben, höhlt dies das soziale Netz der Schweiz aus. Leider hat sich im Mai bekanntlich eine knappe Mehrheit der Bernerinnen und Berner gegen das neue Sozialhilfegesetz entschieden. Die Grossratsvorlage hätte zu mehr Gerechtigkeit und besseren Anreizen in der Sozialhilfe geführt. Das Unbehagen gegenüber dem aktuellen System ist aber gross, 47,4% der Stimmenden und eine klare Mehrheit der Gemeinden sagten Ja zur Grossratsvorlage. Die SVP bleibt deshalb am Ball.

wendig: Zum einen ist die sprachliche Integration konsequent einzufordern. Heute wird primär gefördert, aber wenig gefordert. Das muss ändern. Zum anderen ist aber bei der grossen Anzahl von vorläufig Aufgenommenen auch konsequent zu überprüfen, ob der Aufenthalt in der Schweiz noch gerechtfertigt ist oder ob die Rückkehr eingeleitet werden könnte.

## Altersvorsorge sichern

Dringend entschärft werden muss zudem die tickende Zeitbombe in der Altersvorsorge. Es gilt, die AHV endlich wirkungsvoll zu sanieren. Das gleiche Rentenalter für Frau und Mann müsste eigentlich längst selbstverständlich sein. Auch sollte von den jährlich gegen 5 Milliarden, die alleine der Bund für die Asyl- und Entwicklungshilfe ausgibt, mindestens eine Milliarde in die AHV fliessen. Es ist zudem kaum mehr zeitgemäss, ein Rentenalter so zu fixieren, dass es nur mit grösserem Papierkrieg möglich ist, weiter zu arbeiten und in die eigene Vorsorge einzuzahlen. Eine Flexibilisierung des Systems und Anpassung an die heutigen Entwicklungen ist angezeigt.

## Eingliederung oder Ausreise

Angeichts der beträchtlichen Zahl der Personen, welche auf dem Asylweg in die Schweiz eingereist sind und in den nächsten Jahren von der Bundes-Asylsozialhilfe in die Verantwortung der Gemeinden kommen, besteht dringender Handlungsbedarf. Damit kommen grosse Mehrausgaben auf die Sozialhilfe und damit die Gemeinden und den Kanton zu. Um das Problem zu lösen, ist eine Doppelstrategie not-

# Schweizer Schüler längst in der Minderheit

Wenn in einer Schweizer Schulklasse nur noch 2 von 20 Kindern bei der Einschulung «Guten Morgen» sagen können, haben wir ein Problem. Die Zuwanderung durch Scheinasylanten muss gestoppt werden!

Immer deutlicher spüren die Bernerinnen und Berner die Folgen der unkontrollierten Zuwanderung und der laschen Asylpolitik: Ältere Mitarbeiter werden durch junge ausländische Arbeitskräfte ersetzt und erhalten keine Stelle mehr, Strassen und Züge sind überfüllt, es wird immer mehr gebaut und es gibt zunehmend Probleme mit Zugewanderten aus fremden Kulturkreisen. Hinzu kommen die horrenden Kosten durch den Asylbereich, die mittlerweile einen erheblichen Teil der öffentlichen Ausgaben ausmachen. Dabei wird oft vergessen oder bewusst verschwiegen, dass dies erst der Anfang ist. In den ersten fünf Jah-

ren übernimmt der Bund die Sozialhilfe für anerkannte Flüchtlinge, bei vorläufig aufgenommenen sind es sieben Jahre. Danach kommen der Kanton und die Gemeinden für Sozialhilfeleistungen auf. Die Flüchtlingswelle von 2015 wird massive Mehrkosten verursachen!

## Wer hier bleiben will, soll die Sprache lernen

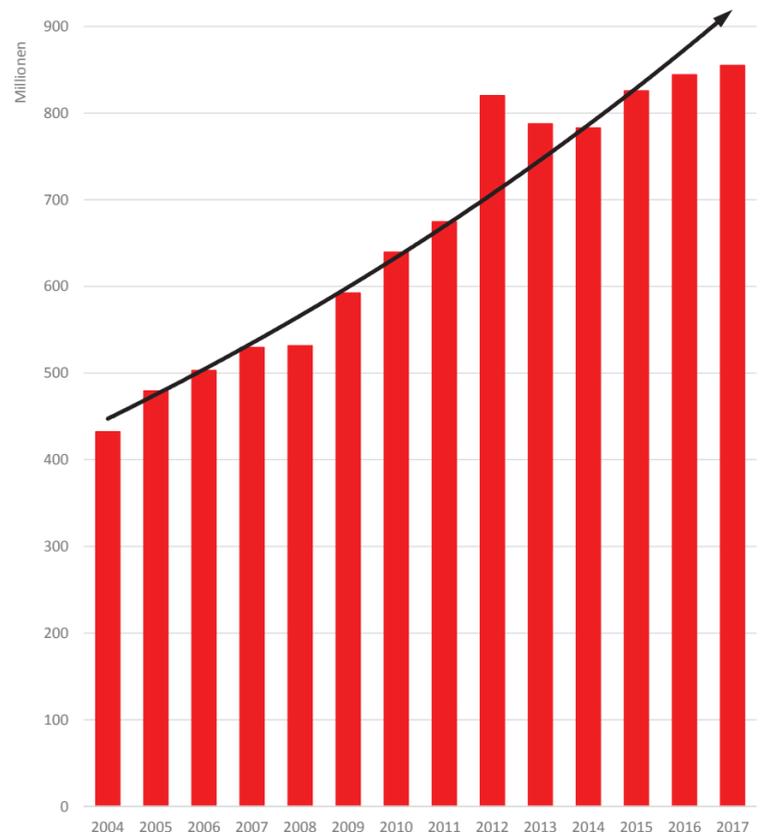
Besonders dramatisch ist die Situation mittlerweile in den Schulen. Gemäss einem Artikel in der SonntagsZeitung

«Es ist längst 5 nach 12! Wenn wir jetzt nicht eingreifen und das Ruder bei der Zuwanderung wieder in die Hand nehmen, den Asylrechtsmissbrauch unterbinden und eine echte Integration von den Zugewanderten verlangen, wird es zu spät sein für die Zukunft der nächsten Generation.»

Erich Hess, Nationalrat, Bern



vom 18. August 2019 ist bereits jeder dritte Volksschüler in der Schweiz fremdsprachig, kommt also aus einem Elternhaus, in dem keine Schweizer Landessprache gesprochen wird. Vor 10 Jahren war es noch jeder vierte, im Jahr 2000 erst jeder fünfte. Aus einzelnen Schulklassen wird sogar berichtet, dass nur noch zwei Kinder bei der Einschulung wenigstens «Guten Morgen» sagen können. Lehrer sind gezwungen, den Schulstoff stark zu vereinfachen und müssen sogar mit Piktogrammen arbeiten, damit auch die Kinder mit Sprachdefiziten mitkommen. Demgegenüber bleiben Schweizer Kinder und gut integrierte Schüler unterfordert – das Bildungsniveau der Klasse sinkt ins bodenlose. Ursache dieser Entwicklung ist die schrankenlose Masseneinwanderung, namentlich über den Familiennachzug. Zudem stellt die Schweiz nur wenige und sehr tiefe Anforderungen an die Migranten. Es braucht weder eine milliardenteure Frühförderung noch Gratis-Kitaplätze, sondern klare Regeln in Bezug auf die Integration: Wer in der Schweiz bleiben will, muss eine Landessprache beherrschen. Das gilt sowohl für die Kinder als auch für deren Eltern.



Sozialhilfekosten im Kanton Bern

Quelle: Statistische Daten Kanton Bern

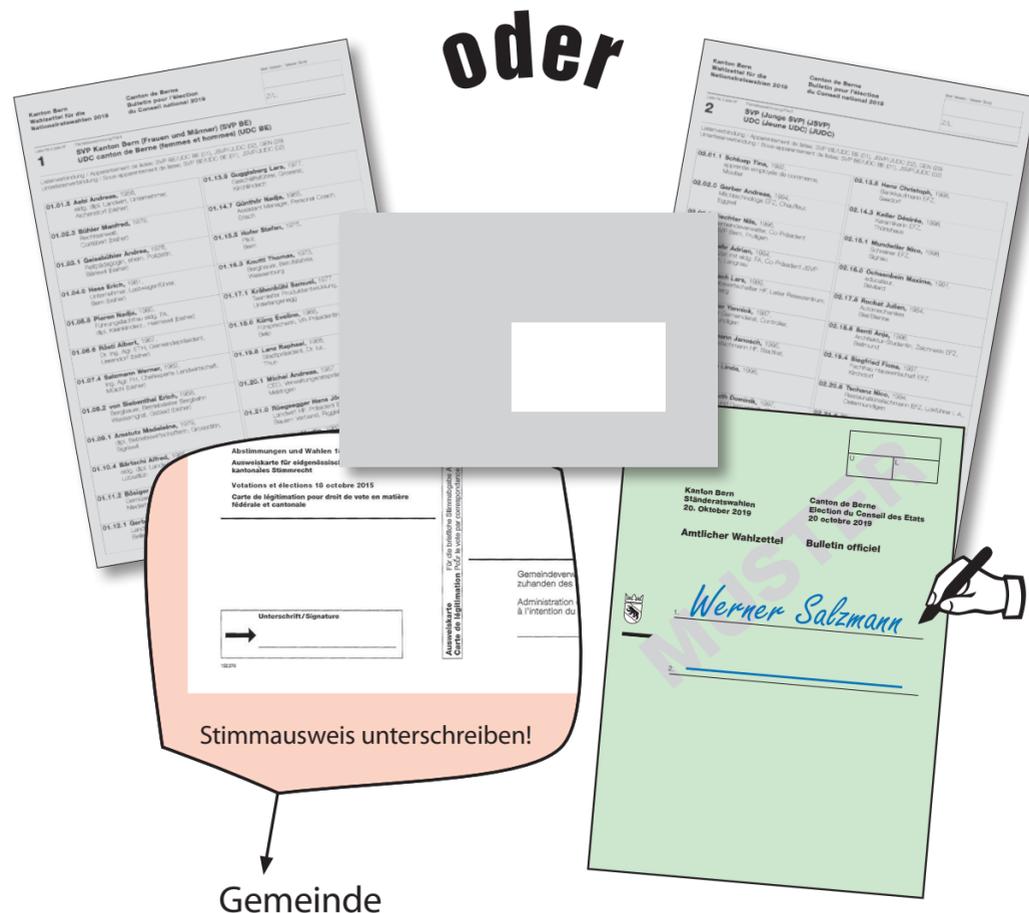
# Wählen Sie in 3 schnellen Schritten



- Schritt 1** Entnehmen Sie dem Wahlmaterial den vorgedruckten Wahlzettel Liste 1 oder 2 für die Nationalratswahlen.
- Schritt 2** Entnehmen Sie dem Wahlmaterial den leeren Wahlzettel für die Ständeratswahlen und schreiben Sie den Namen «Werner Salzman» darauf.
- Schritt 3** Unterschreiben Sie den Stimmasweis und bringen Sie ihn zusammen mit den beiden Wahlzetteln an die Urne oder legen Sie alles in das Wahlkuvert für die briefliche Wahl.

## Achtung!

- Sie helfen uns am besten, wenn Sie die SVP-Liste unverändert einwerfen.
- Wenn Sie für die Nationalratswahlen den leeren Wahlzettel benutzen, vergessen Sie nicht, oben «SVP» und die Listennummer 1 oder 2 einzutragen.



**Haben Sie Fragen zu den Wahlen?**

**Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0**

**Kostenlose kompetente Auskunft!**

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 – 18.00 Uhr für Sie da.

**Fragen per Mail: [wahlen@svp.ch](mailto:wahlen@svp.ch)**



## D SVP mit u bi de Lüt



**Samstag, 5. Oktober 2019**

**Aarberg, AARfit-Sporthalle 10.00 – 13.30 Uhr**

Feiern Sie mit am grossen Mobilisierungsfest!  
*Ne ratez pas la grande fête!*

**Artistin Nina Burri zeigt ihre Verrenkungskünste!**



[www.svp-bern.ch](http://www.svp-bern.ch)

**Mit Musik und Festwirtschaft**